

Teilnahmebedingungen

zum

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb der

AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse

„Leadagentur für Content-Publishing und das Management digitaler Kommunikationskanäle“

Inhaltverzeichnis

A.	Vergabeverfahren und dessen Durchführung	2
I.	Gegenstand des Vergabeverfahrens	2
1.	Beschaffungsbedarf	2
II.	Verfahren	3
1.	Verfahrensart	3
2.	Verfahrenssprache	3
3.	Auftraggeberin und deren Kontaktstelle	3
4.	Bewerber	3
5.	Unklarheiten in den Vergabeunterlagen / Fragen und Antworten	4
6.	Vertraulichkeit der Vergabeunterlagen	5
7.	Datenschutz im Vergabeverfahren	5
III.	Abgabe der Teilnahmeanträge	5
1.	Form und Bestandteile des Teilnahmeantrags	6
2.	Kostenerstattung und Vergütung für die Erstellung eines Teilnahmeantrags	6
3.	Änderungen des Teilnahmeantrags	6
4.	Rücknahme des Teilnahmeantrags	6
5.	Mehrere Teilnahmeanträge	6
6.	Unbedingte Teilnahmeanträge (insb. Gremienvorbehalte)	7
7.	Teilnahmeantragsfrist	7
IV.	Öffnung und Wertung der Teilnahmeanträge	7
1.	Öffnung der Teilnahmeanträge	7
2.	Teilnahmeantragsbewertung	7
3.	Aufhebung des Vergabeverfahrens	8
4.	Mitteilung über nicht berücksichtigte Teilnahmeanträge	8
B.	Eignungsnachweise	8
I.	Mit dem Teilnahmeantrag vorzulegende Eignungsnachweise	8
II.	Besonderheiten im Fall von Bewerbergemeinschaften und Drittunternehmen	8
1.	Bewerbergemeinschaften	8
2.	Einsatz von Drittunternehmen	8
III.	Folgen bei Nichtvorlage von Eignungsnachweisen mit dem Teilnahmeantrag	9
C.	Weiteres Vorgehen (Finale Angebotsphase)	9

A. Vergabeverfahren und dessen Durchführung

I. Gegenstand des Vergabeverfahrens

1. Beschaffungsbedarf

Leistungsgegenstand ist eine Rahmenvereinbarung zur Erbringung von Dienst- und Beratungsleistungen als Content Agentur. Die Auftraggeberin beabsichtigt, eine Rahmenvereinbarung abzuschließen.

Die Einzelheiten zum Beschaffungsbedarf sind der Anlage „Leistungsbeschreibung“ zu den Teilnahmebedingungen zu entnehmen.

II. Verfahren

1. Verfahrensart

Die Auftraggeberin führt ein Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb im Sinne von § 17 VgV durch. Das Vergabeverfahren wird elektronisch durchgeführt. Die Auftraggeberin verwendet ausschließlich die Vergabepattform der DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH (www.dtv.de).

Es ist das zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung geltende Vergaberecht maßgeblich, auch, wenn dieses sich während des Vergabeverfahrens ändern sollte.

Das TVgG NRW findet keine Anwendung.

2. Verfahrenssprache

Verfahrenssprache ist ausschließlich Deutsch.

3. Auftraggeberin und deren Kontaktstelle

Auftraggeberin ist die

**AOK Rheinland/Hamburg – Die Gesundheitskasse
Wanheimer Straße 72
40468 Düsseldorf**

Das Vergabeverfahren wird durch die Vergabestelle der Auftraggeberin durchgeführt. Diese ist auch Kontaktstelle. Auf Abschnitt A.II.5. der Teilnahmebedingungen wird hingewiesen.

4. Bewerber

Teilnahmeanträge von Bewerbern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen haben Bewerber auf Verlangen der Auftraggeberin Auskünfte darüber zu erteilen, ob und auf welche Art ein Bewerber wirtschaftlich und rechtlich mit anderen Unternehmen verbunden ist.

a) Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften sind zugelassen. Soweit in den Vergabeunterlagen vom Bewerber bzw. von Bewerbern die Rede ist, sind davon auch Bewerbergemeinschaften umfasst, soweit für Bewerbergemeinschaften nicht speziellere Regelungen getroffen werden. Diese Regelungen sind insbesondere:

- Bewerbergemeinschaften haben die Anlage **Erklärung Bietergemeinschaft** zu den Teilnahmebedingungen vollständig nach deren Maßgabe auszufüllen und mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.
- Bewerbergemeinschaften haben im Teilnahmeantrag jeweils die Mitglieder sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrags zu benennen. Fehlt eine dieser Angaben, so ist sie vor der Zuschlagserteilung beizubringen (§ 53 Abs. 9 VgV).
- Aufgrund des Gebots des Geheimwettbewerbs können Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft nur zugleich auch als Einzelbewerber oder als Mitglied einer anderen Bewerbergemeinschaft an der Ausschreibung teilnehmen (und umgekehrt), wenn sie zur Überzeugung der Auftraggeberin darlegen und nachweisen, „dass ihre Teilnahmeanträge jeweils völlig unabhängig voneinander formuliert worden sind und folglich eine Gefahr einer Beeinflussung des [Geheim-] Wettbewerbs unter Bewerbern nicht besteht“ (EuGH, Urt. v. 23.12.2009 – Rs. C-376/08). Wird dieser Nachweis nicht erbracht, sind alle betroffenen Teilnahmeanträge auszuschließen.
- Die Regelungen unter Abschnitt IV.4.II. der Teilnahmebedingungen.

b) Einsatz von Drittunternehmen

Ein Bewerber darf Drittunternehmen einsetzen, um die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit zu erlangen. Er hat dies nachzuweisen. Drittunternehmen sind in der Anlage **Unterauftragnehmerverzeichnis und Verpflichtung Unterauftragnehmer** zu den Bewerbungsbedingungen anzugeben. Das Nähere folgt aus Abschnitt B.II.2. der Teilnahmebedingungen.

5. Unklarheiten in den Vergabeunterlagen / Fragen und Antworten

Die interessierten Unternehmer werden aufgefordert, die Vergabeunterlagen unverzüglich nach deren Abruf von der Vergabeplattform auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu überprüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines interessierten Unternehmens unklare Regelungen oder werfen sie Fragen auf, die die Erstellung des Teilnahmeantrags betreffen, haben sie eine Frage zu stellen.

Fragen haben interessierte Unternehmen und Bewerber ausschließlich an die Vergabestelle und nur über den Kommunikationsbereich des Vergabeportals zu richten. Andere Organisationseinheiten der AOK Rheinland/Hamburg dürfen interessierten Unternehmen und Bewerbern weder Auskünfte noch Zusagen erteilen. Bewerber, welche dennoch Kontakt zu anderen Organisationseinheiten aufnehmen, müssen damit rechnen, vom Vergabeverfahren ausgeschlossen werden zu können.

Telefonische Auskünfte der Zentralen Vergabestelle werden nicht erteilt. Würden solche Auskünfte doch erteilt werden, sind sie in jedem Fall unverbindlich.

Die Auftraggeberin beantwortet grundsätzlich alle Fragen, welche bis zum fünften Werktag vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist eingehen. Die Antwort erfolgt in Form

einer Nachricht an alle registrierten Unternehmen über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform. Die Auftraggeberin behält sich vor, eingegangene Fragen zu überarbeiten, insbesondere damit Rückschlüsse auf die Identität des Fragestellers ausgeschlossen sind.

Die interessierten Unternehmen haben in eigener Verantwortung dafür Sorge zu tragen, dass sie sich über den aktuellen Stand des Vergabeverfahrens auf dem Laufenden halten und regelmäßig die Vergabeplattform aufsuchen, um sich über etwaige Änderungen, Hinweise oder Antworten auf Interessentenfragen zu informieren. Die interessierten Unternehmen werden nach dem Kenntnisstand der Auftraggeberin automatisch durch eine E-Mail an die im DTVP hinterlegte E-Mail-Adresse über Nachrichten der Vergabestelle benachrichtigt. Zu diesen Pflichten gehört es daher auch, dass während des gesamten Vergabeverfahrens durchgehend sichergestellt ist, dass die im DTVP hinterlegte E-Mail-Adresse überwacht wird (auch im Falle von urlaubs- oder krankheitsbedingten Abwesenheiten).

6. Vertraulichkeit der Vergabeunterlagen

Interessierte Unternehmen dürfen alle Vergabeunterlagen nur verwenden, um einen Teilnahmeantrag zu erstellen und – im Zuschlagsfalle – den Auftrag zu erfüllen. Andere Nutzungen sind verboten.

Gibt ein interessiertes Unternehmen keinen Teilnahmeantrag ab, muss es sofort alle Vergabeunterlagen unaufgefordert vernichten.

7. Datenschutz im Vergabeverfahren

Im Rahmen des Vergabeverfahrens werden personenbezogene Daten nach Art. 4 Abs. 1 DSGVO sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Bieter nach § 67 Abs. 2 S. 2 SGB X verarbeitet. Die Daten werden nur zur Durchführung des Vergabeverfahrens und nach Maßgabe der geltenden Datenschutzgesetze (insbesondere DSGVO, BDSG, NDSG und SGB X) verarbeitet.

Innerhalb der AOK Rheinland/Hamburg sind die Bewerberdaten nur berechtigten Personen zugänglich. Die Daten werden gelöscht, sobald Sie zur Durchführung gesetzlicher Aufgaben nicht mehr erforderlich sind. Empfänger der Bewerberdaten können im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften auch Dritte sein.

Die Auftraggeberin stellt eine Datenschutzerklärung auf Nachfrage zur Verfügung.

Die Bewerber sind verpflichtet, denjenigen Personen in ihrem Unternehmen, deren personenbezogene Daten davon betroffen sind, diese Datenschutzerklärung zur Verfügung zu stellen. Dies gilt für Personen in Drittunternehmen sowie im Falle von Bietergemeinschaften für jedes Bietergemeinschaftsmitglied entsprechend.

III. Abgabe der Teilnahmeanträge

1. Form und Bestandteile des Teilnahmeantrags

Der Teilnahmeantrag muss aus den in Anlage **Teilnahmeformblatt/Checkliste** zu den Teilnahmebedingungen genannten Bestandteilen bestehen. Die Form des Teilnahmeantrags ergibt sich ebenfalls aus der Anlage zu den Teilnahmebedingungen.

Bewerber müssen ihren Teilnahmeantrag in der richtigen Form vollständig vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist über die Vergabeplattform einreichen. Sie dürfen ausschließlich das Bietertool verwenden.

Auf einem anderen Weg als über das Bietertool eingereichte Teilnahmeanträge, insbesondere solche per Telefax, per E-Mail, per Bote, per Post oder über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform, werden in jedem Fall und zwingend ausgeschlossen. Eine Einreichung über einen anderen Weg als über das Bietertool führt zudem auch zum Ausschluss eines (früher oder später) über das Bietertool eingereichten Teilnahmeantrags, soweit die Teilnahmeantragsinhalte gleich sind.

Der Teilnahmeantrag ist in deutscher Sprache abzufassen.

Dem Teilnahmeantrag sind die Vergabeunterlagen in ihrer zum Zeitpunkt des Ablaufs der Teilnahmeantragsfrist aktuellen Form zugrunde zu legen.

2. Kostenerstattung und Vergütung für die Erstellung eines Teilnahmeantrags

Die Auftraggeberin stellt die Vergabeunterlagen für die interessierten Unternehmen kostenfrei bereit. Sie erstattet keine Kosten, insbesondere nicht für die Erstellung eines Teilnahmeantrags. Zudem zahlt sie für die Vorbereitung und Erstellung eines Teilnahmeantrags keine Vergütung.

3. Änderungen des Teilnahmeantrags

Nimmt der Bewerber an seinen Eintragungen in den Vergabeunterlagen Änderungen vor, so müssen diese zweifelsfrei sein (§ 57 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

Will der Bewerber einen abgegebenen Teilnahmeantrag ändern, hat der Bewerber – vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist – den abgegebenen Teilnahmeantrag über die Vergabeplattform zurückzuziehen und vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist einen neuen Teilnahmeantrag über die Vergabeplattform einzureichen.

4. Rücknahme des Teilnahmeantrags

Will der Bewerber einen abgegebenen Teilnahmeantrag zurückziehen, hat er diesen vor Ablauf der Teilnahmeantragsfrist über die Vergabeplattform zurückzuziehen.

5. Mehrere Teilnahmeanträge

Gibt der Bewerber mehrere Teilnahmeanträge ab, wird nur der zuletzt eingereichte Teilnahmeantrag gewertet.

6. Unbedingte Teilnahmeanträge (insb. Gremienvorbehalte)

Die Auftraggeberin akzeptiert nur unbedingte Teilnahmeanträge. Insbesondere Teilnahmeanträge, welche einen Gremienvorbehalt enthalten, werden ausgeschlossen.

7. Teilnahmeantragsfrist

Die Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge endet am **19.06.2026 (Freitag), 12:00 Uhr**.

Teilnahmeanträge, die nach Ablauf der Teilnahmeantragsfrist eingehen, werden ausgeschlossen, es sei denn, der verspätete Eingang ist durch Umstände verursacht worden, die nicht vom Bewerber zu vertreten sind (§ 57 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

IV. Öffnung und Wertung der Teilnahmeanträge

1. Öffnung der Teilnahmeanträge

Die Teilnahmeanträge werden nach Ablauf der Teilnahmeantragsfrist von der Auftraggeberin geöffnet. Bewerber sind hierzu nicht zugelassen.

2. Teilnahmeantragsbewertung

Die Auftraggeberin prüft und wertet Teilnahmeanträge nach Maßgabe §§ 56 ff., 42 Abs. 3 VgV.

a) Aufklärung

Die Auftraggeberin behält sich eine Aufklärung im Sinne von § 15 Abs. 5 VgV und eine Erläuterung im Sinne von § 48 Abs. 7 VgV vor. Die Aufklärung wird vertraulich behandelt.

b) Begrenzung der Anzahl der Bewerber

Im Falle von mehr geeigneten (vgl. Ziffer 3 der Leistungsbeschreibung) Bewerbern wird der Auftraggeber die am besten geeigneten Bewerber (mindestens drei, maximal fünf) zur Abgabe eines Angebotes auffordern.

Nicht berücksichtigte Bewerber werden informiert. Der nicht berücksichtigte und geeignete Bewerber, dessen Teilnahmeantrag nach der Auswahlentscheidung auf dem nächsten Rang gereiht ist, ist Nachrückbewerber. Er rückt nach, wenn ein Bewerber aus den Verhandlungen ausscheidet. Die Entscheidung über die Aufforderung des Nachrückbewerbers zur Teilnahme am Verhandlungsverfahren steht im Ermessen der Auftraggeberin.

3. Aufhebung des Vergabeverfahrens

Die Auftraggeberin behält sich das Recht vor, die Ausschreibung ganz oder teilweise aufzuheben; sie unterliegt keinem Kontrahierungszwang. Auf § 60 VgV wird hingewiesen. Bewerber werden über eine Aufhebung des Vergabeverfahrens über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform unterrichtet.

4. Mitteilung über nicht berücksichtigte Teilnahmeanträge

Die Auftraggeberin unterrichtet nicht berücksichtigte Bewerber nach der Wertung der Teilnahmeanträge.

Die Auftraggeberin unterrichtet auf Verlangen des Bewerbers unverzüglich, spätestens innerhalb von 15 Tagen nach Eingang des Antrags, die nicht berücksichtigten Bewerber über die wesentlichen Gründe für die Ablehnung ihres Teilnahmeantrags (§ 62 Abs. 2 Nr. 1 VgV).

Die Mitteilung wird über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform sowie per Telefax versandt werden.

B. Eignungsnachweise

I. Mit dem Teilnahmeantrag vorzulegende Eignungsnachweise

Die Eignungsnachweise ergeben sich aus Anlage **Bewerbungsformblatt**.

II. Besonderheiten im Fall von Bewerbergemeinschaften und Drittunternehmen

1. Bewerbergemeinschaften

Die Eignungsnachweise über die technische und berufliche Leistungsfähigkeit können von den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft gemeinschaftlich erbracht werden. Die einzelnen Nachweise müssen jeweils auf ein/mehrere Mitglied/er der Bewerbergemeinschaft sowie Leistungsteil/e bezogen sein. Die Auftraggeberin muss erkennen können, welche Eignungsanforderung durch welches Mitglied der Bewerbergemeinschaft erfüllt werden soll.

2. Einsatz von Drittunternehmen

Soweit der Bewerber Drittunternehmen einsetzt (Eignungsleihe gem. § 47 VgV), hat er diese als Drittunternehmer im **Dritt- und Unterauftragsnehmerverzeichnis** anzugeben und deren **Verpflichtungserklärung** zu den Teilnahmebedingungen vorzulegen.

III. Folgen bei Nichtvorlage von Eignungsnachweisen mit dem Teilnahmeantrag

Die Eignungsnachweise sind innerhalb der Teilnahmeantragsfrist vorzulegen. Auf eine Nachforderung besteht kein Anspruch. Die Bewerber müssen sich auf eine kurze Nachforderungsfrist, in der Regel fünf Werktage, einstellen.

C. Weiteres Vorgehen (Finale Angebotsphase)

Die ausgewählten Bewerber (siehe oben, Abschnitt A.IV.2. der Bewerbungsbedingungen) werden jeweils über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform aufgefordert, ein finales Angebot abzugeben.